



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Hans-Ulrich Pfaffmann, Bernhard Roos, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Herbert Woerlein** und **Fraktion (SPD)**

### **Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung als Eckpfeiler der Energiewende realisieren und Handwerkerbonus erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ihre zuletzt ablehnende Haltung gegenüber der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung aufzugeben
- und durch geeignete Finanzierungsvorschläge für die Bundesländer sowohl eine rasche Beschlussfassung über die energetische Gebäudesanierung auf Bundesebene herbeizuführen, als auch die Beibehaltung der Absetzbarkeit von Handwerkerarbeiten im gegenwärtigen Umfang zu ermöglichen.

### **Begründung:**

Die energetische Gebäudesanierung ist hinsichtlich Klimaschutz und Energieeffizienz ein Eckpfeiler der Energiewende und sollte deshalb gemeinsam von Bund und Ländern neben der unmittelbaren Förderung auch durch steuerliche Anreize vorangetrieben werden.

Vom Handwerkerbonus, der in seiner jetzigen Form seit 2009 auf die damalige große Koalition zurückgeht, profitieren gleichermaßen private Haushalte wie Handwerksbetriebe. Diese steuerliche Förderung sollte auch deshalb erhalten bleiben.

Um sowohl die energetische Sanierung von Gebäuden steuerlich fördern zu können als auch die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerarbeiten im jetzigen Umfang auch künftig zu ermöglichen, sind konstruktive Finanzierungsvorschläge erforderlich, um vor allem auch finanzschwachen Ländern eine Zustimmung zu ermöglichen. Auch wenn sich die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung auf Dauer für die öffentlichen Haushalte rechnet, sind finanzschwache Länder kaum in der Lage, auch nur kurzfristige Einnahmeausfälle zu verkraften.

Die Staatsregierung sollte nunmehr eine konstruktive Rolle einnehmen, zumal sie in der vergangenen Legislaturperiode Initiativen zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung unterstützte und Bayern bei der Energiewende vorankommen muss.